



BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN im Rathaus

**An die
Dortmunder Medien**

6. Oktober 2005

Clement-Pläne sind politische Wegelagerei

Für die Ratsfraktion von Bündnis 90/ DIE GRÜNEN und den heimischen Bundestagsabgeordneten der GRÜNEN Markus Kurth sind die bekannt gewordenen Forderungen des Bundes zur Rückzahlung von Zuschüssen für die Unterbringungskosten von ALG-II-EmpfängerInnen politische Wegelagerei. Für Dortmund würde die Umsetzung dieser Pläne einen Verlust von 55 Millionen Euro bedeuten.

Daniela Schneckenburger, Fraktionsvorsitzende der GRÜNEN: „Die Kommunen haben sich nach schlechten Erfahrungen mit dem Finanzausgleich aus gutem Grund die Entlastung von 2,5 Milliarden Euro im Gesetz festschreiben lassen. Die Tatsache, dass die Zusammenlegung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe nun deutlich teurer wird als erwartet, darf nicht dazu führen, dass der Bund jetzt versucht, sich auf Kosten der Kommunen Entlastung zu verschaffen.“

Schneckenburger erinnert daran, dass die Kosten der Langzeitarbeitslosigkeit originäre Sache des Bundes und nicht der Kommunen ist. Vor diesem Hintergrund sind die bereits jetzt schon von den Kommunen übernommenen 71 Prozent der Unterbringungskosten für EmpfängerInnen von ALG-II ein Kompromiss zu Lasten der Städte und Gemeinden.

Markus Kurth, sozialpolitischer Sprecher der GRÜNEN Bundestagsfraktion: „Es entsteht der Eindruck, dass das Ministerium die aktuell fehlende parlamentarische Kontrolle durch den Bundestag für zweifelhafte Gesetzesinitiativen nutzt. Indem Arbeitsminister Clement einen Gesetzentwurf vorlegt, dessen Berechnungsgrundlage für niemanden nachvollziehbar ist, zerstört er die mühsam geschaffene Vertrauensbasis zwischen Bund und Kommunen.“

Schneckenburger und Kurth sehen die Gefahr, dass bei einer Umsetzung der Pläne der Druck auf die EmpfängerInnen von ALG-II steigen wird. Auch die geplante Kampagne von Minister Clement gegen so genannte „ALG-II-Schmarotzer“ weisen für die GRÜNEN PolitikerInnen in diese Richtung.

„Den Leistungsberechtigten die Schuld für die hohen ALG II- Ausgaben in die Schuhe zu schieben, zeugt von verzweifelter Hilflosigkeit. Anstatt die Arbeitslosen anzuschwärzen, sollte das Arbeitsministerium seine Energie auf die Entwicklung neuer Förderinstrumente legen. Bündnis 90/Die Grünen fordern seit langem den Ausbau öffentlich geförderter Beschäftigungsmöglichkeiten für diejenigen, die absehbar auf dem ersten Arbeitsmarkt keine Chance haben“, so Daniela Schneckenburger und Markus Kurth abschließend.